Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 2054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten ... 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Textanzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 77 | Dienstag, den 19. März 1935 | Jahrgang 1935

Britische Note in Berlin überreicht.

Sir John Simon und Eden reisen Sonntag nach Berlin.

Die deutsche Antwort auf die Note „günstig".

£ London, 18. März.

Das politische Ereignis des Tages ist, daß heute die britische Regierung durch den Botschafter Sir Eric Phipps in Berlin eine Note zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht hat überreichen lassen. Dies wurde schon heute früh durch die Presse angekündigt und dann am Nachmittag durch Sir John Simon im Unterhaus bestätigt. Am Abend meldet Reuter dazu:

Die deutsche Regierung hat eine günstige Antwort auf die britische Note gesandt und Außenminister Sir John Simon und Lordsiegelbewahrer Eden werden am nächsten Sonntag nach Berlin abreisen.

Aus Ausführungen des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph", die aber vor der Beschlußfassung des englischen Kabinetts über die von Sir John Simon angedeutete Note an Deutschland geschrieben worden sind, ist folgendes zur Kenntnis der dabei mitspielenden Gedankengänge von Interesse:

Die Minister, schreibt der Korrespondent, sind offenbar der Meinung, daß Deutschland die Grundlage zerstört hat, auf der die direkten englisch-deutschen Besprechungen am Montag nächster Woche geführt werden sollten. Deutschland hatte in seinen Anmerkungen zu der englisch-französischen Erklärung vom 3. Februar um diese Besprechung ersucht und Zusicherungen gegeben, daß sie sich auf das ganze von der Erklärung berührte Gebiet beziehen sollte. Die Berliner Besprechungen sollten daher eine legale Grundlage für Deutschlands Aufrüstung in einem allgemeinen System europäischer Sicherheit schaffen. Sicherheit sollte geschaffen werden durch Pakte, die innerhalb des Rahmens des Völkerbundes abzuschließen waren und durch Festsetzung der Grenzen nationaler Rüstungen. Dieses System sollte durch gemeinsame Vereinbarung die besonderen Einschränkungen des Versailler Vertrages ersetzen.

Da Deutschland es für richtig befunden hat, sein eigenes Rüstungsniveau im voraus festzusetzen, werde es jetzt aufgefordert werden zu erklären, welche Grundlagen für die Erörterungen übrig bleiben, um die es sich so eifrig bemüht hatte.

London, Paris und Rom sind in ständigem Meinungsaustausch miteinander und mit ihren Botschaftern in Berlin. Die französische Regierung hat angeregt, daß der Berliner Besuch aufgeschoben werden sollte. Sie ist der Meinung, daß die veränderte Lage eine neue Erwägung durch die französische, britische und italienische Regierung erforderlich macht. Die neueste Entwicklung verleiht den kommenden Besuchen Edens in Moskau und Warschau noch größere Wichtigkeit als bisher. Diese Besuche werden ohne Rücksicht auf eine etwaige Aenderung in dem Berliner Programm abgestattet werden.

Zwischen Großbritannien und Frankreich herrscht volle Einigkeit, daß die deutschen Ziffern sich auf einem Niveau halten, das niemals angenommen werden könnte. An Stelle der Forderung nach „Gleichberechtigung" und später nach „Gleichheit" ist das Verlangen nach Recht auf Ueberlegenheit getreten. Frankreich könnte nicht einmal Gleichheit auf Grund der deutschen Ziffern erreichen. Großbritannien hat niemals eine deutsche Armee ins Auge gefaßt, deren Stärke 300 000 Mann übersteigt. (Was zu dieser Aeußerung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" vom deutschen Standpunkt aus zu sagen ist, ist in den Ausführungen des Reichsministers Dr. Goebbels enthalten. Die Schriftleitung).

Der Besuch des britischen Botschafters beim Reichsaußenminister.

Berlin, 18. März.

Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat heute nachmittag den Reichsminister des Auswärtigen aufgesucht und ihm die Note überreicht, in der die Einwendungen der englischen Regierung gegenüber dem Reichsgesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März enthalten sind.

Am Schluß dieser Note ist die Frage wiederholt, ob die Reichsregierung bereit sei, anläßlich des Besuches von Sir John Simon in Berlin die im Londoner Kommuniqué vom 3. Februar enthaltenen Punkte zu erörtern. Der Reichsminister hat diese Anfrage in bejahendem Sinne beantwortet.

★

Zu der Lage nach der Verkündung des Gesetzes über den Aufbau der Wehrmacht und nach dem englischen Schritt in Berlin schreibt die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz" u. a.:

Deutschland lehnt nicht Verhandlungen über die internationale Rüstungsregelung ab; es wünscht sie nach wie vor und will ihren Erfolg. Was es aber ablehnt, ist noch zu verhandeln über ein Spezialregime für Deutschland oder gar über jenes Minimum an Sicherheit, das jeder souveräne Staat und erst recht jede Großmacht für sich in Anspruch nimmt.

Irgend eine Kritik an Art und Zeitpunkt des deutschen Schrittes zum Wiederaufbau der Wehrmacht ist daher abwegig. Die Grundlagen, auf denen im Sinne des englisch-französischen Kommuniqués vom 3. Februar verhandelt werden soll, sind durch die deutschen Maßnahmen nicht umgestoßen, sondern geklärt worden.

Der Stillklausel „Keine einseitige Aenderung bestehender Entwaffnungsverpflichtungen" konnte wohl niemand in der Welt die Bedeutung beilegen, daß die immerhin an ihr Abrüstungsversprechen gebundenen Staaten die Zwischenzeit zu einer massiven Rüstungserhöhung benutzen dürften. Sie konnten in keiner Weise glauben, tun und lassen zu können, was sie wollten und gleichzeitig in der Auffassung leben, daß folgerichtige Reaktionen auf deutscher Seite auch weiterhin ausbleiben würden.

Die vor der Tür stehenden Verhandlungen, die der englische Außenminister in Berlin mit der deutschen Regierung führen wird, werden Gelegenheit geben, über die Frage einer internationalen Regelung der Rüstungen wie auch über die anderen im Londoner Kommuniqué enthaltenen Fragen zu sprechen.

Es ist ein positives Ergebnis des heutigen Besuches des englischen Botschafters beim Reichsaußenminister, daß die in den letzten 48 Stunden von interessierter Seite künstlich erzeugte Ungewißheit über den Termin der anberaumten deutsch-englischen Besprechungen beseitigt worden ist.

Klarheit und Logik.

Von

Reichsminister Dr. Goebbels.

In den nachfolgenden äußerst beachtlichen Ausführungen wendet sich der Reichspropagandaminister mit nur zu berechtigten Worten gegen das aufgeregte Getue, das die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland namentlich in Paris und London hervorgerufen hat. Dort zeigte man sich furchtbar beunruhigt, solange noch ein Geheimnis um den deutschen Rüstungsstand bestand, und man forderte Klarheit von Deutschland; jetzt wo sie gegeben ist, und man weiß, was es mit der deutschen „Geheimrüstung" auf sich hat, macht man nun erst recht Theater und malt man sozusagen einen neuen Weltkrieg an die Wand. Auch gegen diese Kriegspsychose findet Dr. Goebbels die geeigneten Worte. Die Reichsregierung hat jetzt nichts anderes getan als die praktischen Konsequenzen gezogen einerseits aus der Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtung der Mächte, die im Kriege unsere Gegner waren, andererseits aus der Anerkennung der Gleichberechtigung, die man Deutschland schon vor gut zwei Jahren ausgesprochen hat. Das deutsche Volk will nichts als einen Frieden in Ehren, und wir sind sicher, daß die bevorstehenden Besprechungen mit dem britischen Außenminister Sir John Simon, bei der auf der selbstverständlichen Grundlage der Gleichberechtigung alle Punkte erörtert werden sollen, deren Erörterung die Londoner Erklärung vorsieht, den Eindruck hinterlassen werden, daß man sich über die deutschen Absichten durchaus unnütz aufgeregt hat. Nach deutschem Willen soll die Aussprache mit Sir John Simon der Befriedung Europas dienen, und wir hoffen, daß auch die anderen an dieser Aussprache interessierten Mächte nur dieses große Ziel dabei im Auge haben.

Die Schriftleitung.

Die deutsche Oeffentlichkeit verzeichnet mit einigem Erstaunen die Reaktion, die die Bekanntgabe des Gesetzes zum Wiederaufbau der Wehrmacht in den zuständigen Kreisen der europäischen Hauptstädte hervorgerufen hat. Sie glaubte, vermuten zu dürfen, daß die Welt mit sichtlicher Erleichterung und einem Gefühl innerer Befriedigung diese Tatsache zur Kenntnis genommen hätte. Denn die offene und rückhaltlose Darlegung der deutschen Absichten stellt in Wahrheit ein Element der Beruhigung dar, das für die logische und fruchtbare Betrachtung der europäischen Situation erfreulich, wenn nicht geradezu unentbehrlich ist. Das Geheimnis, das die deutsche Wehrfrage in den vergangenen Monaten und Jahren umgab, war gerade von offiziellen und nichtamtlichen Stellen des Auslandes oft und lebhaft beklagt worden, vor allem im Hinblick darauf, daß ohne uneingeschränkte Kenntnis der Absichten Deutschlands eine Konsolidierung des Friedens, wie man sagte, ausgeschlossen erschien. Mehr als einmal ist deshalb von diesen Stellen dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, Deutschland möge der Geheimniskrämerei ein Ende machen und klipp und klar dartun, wohin es steuere, was es wolle und welche Pläne es verfolge.

Die Erfüllung dieses Wunsches war um so dringender geboten, als die meisten ausländischen Zeitungen, zum Teil maßgebenden Charakters, sich in vagen und phantastischen Schätzungen ergingen, die in den tatsächlichen Verhältnissen keine Begründung fanden, darüber hinaus aber nur geeignet erschienen, die Völker in eine höchst gefährliche kriegerische Psychose zu versetzen. Kein anderes Gebiet gilt so wenig, wie gerade das militärpolitische, als geeignet, übertriebenen und ausschweifenden Mutmaßungen Raum zu geben. Was hier nottut, ist Klarheit; denn nur aus der Klarheit läßt sich jene realistische Logik entwickeln, die allein die innere Kraft besitzt, eine verworrene Situation aufzuhellen und aus ihr die entsprechenden Elemente der Sicherheit und politischen Stabilität zu kristallisieren.

Wie sehr die Welt das Bedürfnis verspürte, über den deutschen Rüstungsbestand Klarheit zu erhalten, mag man aus der Tatsache ersehen, daß sie sich selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jene Unterlagen zu verschaffen versuchte, die ihr von Deutschland vorenthalten wurden.

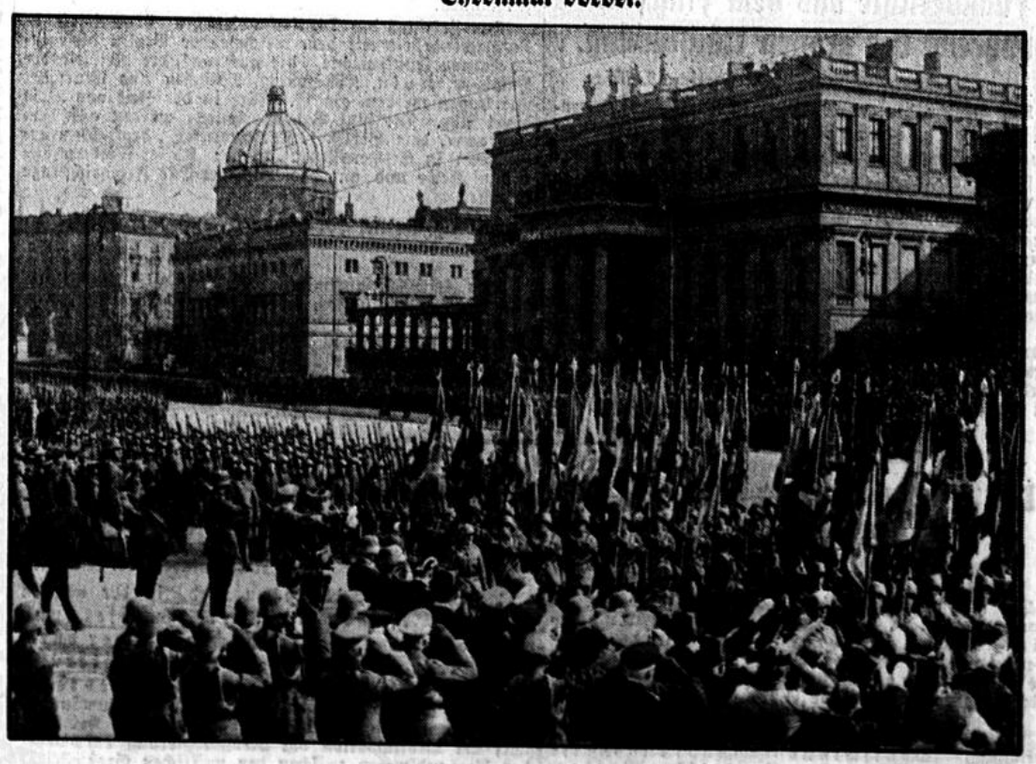
Die historische Tat des Führers am vergangenen Sonnabend hat diesem auf vage Vermutungen angewiesenen Verfahren ein Ende gemacht. Die Welt weiß nun, woran sie ist. Das soll nicht heißen, als habe sie das vorher nicht gewußt; sie hat durch die Proklamation und das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht nun unumstößliche Sicherheit erhalten über das, was ihr bereits zur Kenntnis gekommen war und von dessen Kenntnis sie auch in ihren amtlichen und nichtamtlichen Verlautbarungen keinen Hehl machte. In der englischen Unterhausdebatte vom 28. November 1934 erklärte Winston Churchill:

„Welches ist nun das große neue Ereignis, das während der letzten 18 Monate über uns hereingebrochen ist. Deutschland rüstet wieder auf! . . . Nach dem, was wir hören, was uns erzählt wird und was aus allen möglichen Quellen zu uns dringt — obgleich darüber in der Oeffentlichkeit wenig gesprochen wird —, besitzt Deutschland schon ein mächtiges wohlausgerüstetes Heer mit ausgezeichneter Artillerie und ungeheuren Reserven an ausgebildeten Mannschaften. Die deutschen Waffenfabriken arbeiten praktisch kriegsmäßig, das Kriegsmaterial strömt aus ihnen — bestimmt seit den letzten 12 Monaten — in immer größerem Umfang."

Es wird hier also bereits am 28. November 1934 in der Rede eines englischen Politikers ein deutscher Wiederaufrüstungsstand vorweggenommen in einem Umfange, wie er selbst durch das Gesetz vom 16. März nicht begründet ist. Auch die Folgerung, die Churchill aus dieser Tatsache zieht, kann in Deutschland gutgeheißen werden: „Auch hier besteht kein Grund zu der Annahme, daß Deutschland uns angreifen wird." Und schon am 28. November 1934 erklärte Churchill in eben derselben Rede, daß die Zeit gekommen sei, „da das Geheimnis, das die deutsche Wiederaufrüstung umgibt, gelüftet werden muß."

Die Antwort, die Baldwin im Namen der englischen Regierung auf Churchills Rede gibt, ist ebenso bezeichnend. Er erklärt hier: „Eine der Ursachen der heutigen Malaise in Europa ist, wie ich beweisen werde, nicht nur die Furcht, sondern die Unkenntnis außerhalb und die Geheimhaltung innerhalb Deutschlands." Kann man es der deutschen Regierung verdenken, wenn sie vier Monate später mit einer offenen Darstellung die Ur-

80 Fahnen der Alten Armee ziehen im Parademarsch an dem Führer vor dem Ehrenmal vorbei.



Scherl

Nach der Kranzniederlegung am Ehrenmal Unter den Linden fand am Sonntag der Vorbeimarsch der verschiedenen Ehrenabteilungen der Wehrmacht vor dem Führer statt. Unser Bild zeigt die ruhmbedeckten Fahnen, die hier am Führer vorübergetragen werden.

sachen dieser Malaise beseitigt und Furcht und Unkenntnis ein Ende bereitet! Baldwin erklärt dort weiter:

„Ich bin der Ueberzeugung, und ich spreche hier mit einem Gefühl der Verantwortung, wenn ich von dem Zustand der Furcht rede, der in ganz Europa herrscht, nicht nur derart wie ich ihr Ausdruck gab, sondern Furcht vor einem unbekannten Terror, der hereinbrechen kann, eine Furcht, die in der Hauptsache auf der Unkenntnis dessen beruht, was in Deutschland vorgeht."

Die Proklamation des Führers an das deutsche Volk und an die Weltöffentlichkeit vom vergangenen Sonnabend erklärt ausdrücklich, daß die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland keinerlei kriegerische Absichten in sich schließe, im Gegenteil nur der Erhaltung des Friedens dienen solle. Der Furcht vor einem hereinbrechenden unbekannten Terror ist also durch Beseitigung der Unkenntnis über die deutschen Absichten ein Ende gemacht.

Am 8. März 1935 berichtet der „Matin" über eine Unterredung mit dem Marschall Petain. Der Marschall erklärte dabei:

„Die Verlängerung der Militärdienstzeit ist unbedingt erforderlich und dringend, denn es handelt sich nicht um eine theoretische, sondern um eine praktische Frage. In Anbetracht der intensiven Wiederaufrüstung Deutschlands und der Gefahr eines überraschenden Angriffs; wie sollen wir die Nichtverletzung unserer Grenzen sichern? Das benachbarte Heer besteht aus 600 000 Mann, die sofort verfügbar sind."

In seiner Rede zur Eröffnung der Lyoner Messe vom 10. März erklärt der französische Ministerpräsident Flandin, „die Aufrüstung Deutschlands, die die Unterzeichner des Versailler Vertrags machtlos gewesen seien zu verhindern, habe für Frankreich den Eintritt in die rekrutenmageren Jahre viel gefährlicher gestaltet." In seiner großen Kammerrede vom 15. März zur Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit erklärt der französische Ministerpräsident: „Nach den allen bekannten Plänen wird Deutschland im Jahre 1936 mindestens über 600000 Mann verfügen." Ja, diese angebliche Tatsache wurde von der französischen Regierung ausdrücklich als Grund und Ursache für die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich ins Feld geführt. Muß es da in Deutschland nicht Verwunderung erregen, wenn die Weltöffentlichkeit nun mit einem Male unter Außerachtlassung dieser dokumentarisch festliegenden Tatsachen Erstaunen und Entrüstung spielt angesichts der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, die nur einen Teil dessen im Ziele führt, was hier von amtlichen Stellen schon als feststehend in der innerpolitischen Diskussion der betreffenden Länder vorgebracht wird? Wäre es nicht mutiger, konsequenter und auch logischer, würde es nicht dem Realismus einer neuen Tatsachenbetrachtung mehr entsprechen, wenn man sich dort überall auf jenen Standpunkt stellte, den der englische Publizist J. L. Garvin in seinem Aufsatz vom 3. März 1935 im „Observer" einnimmt, wenn er schreibt: „Hinsichtlich der Aufrüstung oder Abrüstung muß Deutschlands absolute Gleichberechtigung unter den Großmächten als eine moralische Voraussetzung ein für allemal anerkannt werden. Sie muß so uneingeschränkt anerkannt werden, als hätte es nie einen Weltkrieg und nie einen Frieden von Versailles gegeben."

15 Jahre lang hat Deutschland darauf gewartet, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrages die dort übernommene Verpflichtung auf Abrüstung entsprechend dem deutschen Beispiel einlösten. Statt dessen hat die Welt aufgerüstet und sich ansonst nur mit theoretischen und platonischen Debatten beschäftigt. Oft genug hat der Führer öffentlich erklärt, daß er bereit sei, das letzte Maschinengewehr zu verschrotten, wenn die Welt ein gleiches tue. Seine Erklärungen sind immer unbeantwortet geblieben. Deutschland mußte einmal aus dieser Situation die Konsequenzen ziehen, vor allem im Hinblick darauf, daß nun die anderen Länder eine Verstärkung ihrer Heeresbestände vornahmen unter Zugrundelegung eines unkontrollierten Materials, das sich größtenteils auf phantastische Vermutungen gründet. Ein ungerüstetes Land ist inmitten einer hochgerüsteten Welt eine stete Aufforderung zum Krieg. Nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland hat Europa beunruhigt. Durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde jene Balance wiederhergestellt, die notwendig ist, um zu fruchtbaren Diskussionen über die großen ungelösten Probleme der Weltpolitik zu kommen. Deutschland will im Frieden mitarbeiten; es hat ihn so nötig wie alle anderen Völker. Die Welt tut gut daran, nun an die lohnendere Aufgabe zu gehen, aus der geschaffenen Situation jene Elemente zu entwickeln, die wirklich zu einer dauerhaften Beruhigung führen können. Alle Völker sind von einer tiefen Sehnsucht danach erfüllt. Niemand in Europa, der auch nur eine Spur von Verantwortungsgefühl in sich trägt, glaubt daran, daß die Schäden eines Krieges, die durch 17jährige Friedensarbeit nicht zu beseitigen waren, durch einen neuen Krieg beseitigt werden könnten.

In dieser Situation, die alle Möglichkeiten zu einer wahrhaften Verständigung der Völker bietet, ist Klarheit und Logik nötig. Nichts wäre gefährlicher, als ein neues Gebäude von Illusionen und Wunschträumen aufzurichten. Je eher die Verantwortlichen Vernunft und gesunden Menschenverstand obwalten lassen, um so durchgreifender wird die glückliche Wendung sein, in der Europa sich neu gestaltet. Die so oft beklagte Geheimnistuerei ist nun zu Ende, die Atmosphäre gereinigt. Deutschland will als gleichberechtigte Nation der Welt entgegentreten mit der ernsten Bereitschaft, am Frieden Europas und an der Versöhnung der Völker nach besten Kräften mitzuarbeiten.

Mit tiefer Dankbarkeit hat das deutsche Volk von dem großen und mutigen Entschluß des Führers Kenntnis genommen. Nicht Kriegsbegeisterung und Revanchelieder waren seine Antwort darauf; voll Stolz und Würde fühlt es sich wieder ruhend in der Sicherheit seiner eigenen Kraft, denn sein Schicksal liegt wohlbehütet in Adolf Hitlers Hand.

Erklärungen Simons im Unterhaus.

Antwort auf eine Frage Lansburys.

£ London, 18. März.

Im Unterhaus fragte der Oppositionsführer Lansbury den Außenminister, ob er im Hinblick auf die von der deutschen Regierung angekündigte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und auf die Erhöhung der Friedensstärke der deutschen Armee auf 36 Divisionen eine Erklärung über die von der britischen Regierung beabsichtigten Schritte abgeben könne.

Außenminister Sir John Simon bejahte die Frage und fuhr fort: Die englische Regierung ist bereits mit der französischen und der italienischen Regierung in dieser Angelegenheit in Verbindung getreten und hat den britischen Botschafter in Berlin beauftragt, der deutschen Regierung eine Note zu überreichen, die, wie ich höre, heute nachmittag übergeben werden wird. Ich kann naturgemäß diese Mitteilung nicht bekanntgeben, solange sie noch nicht im Besitz des deutschen Außenministers ist: Aber es sind Vorkehrungen getroffen, daß die Note im Abstimmungsbüro des Unterhauses verfügbar sein wird, sobald ich von Sir Eric Phipps gehört habe, daß die Mitteilung erfolgt ist.

Hierauf fragte Lansbury, ob geplant sei, die Lage mit der Regierung der Vereinigten Staaten und anderen Unterzeichnern des Friedensvertrages zu erörtern oder ob eine Sitzung der Völkerbundsversammlung in Aussicht genommen sei. Simon erwiderte: Ich kann Lansbury versichern, daß diese beiden Elemente zurzeit erwogen werden.

Ein Abgeordneter stellte hinsichtlich des vorgeschlagenen Luftpaktes die Frage, ob Frankreich das Versprechen gemacht worden sei, daß England bereit sei, mit Frankreich allein ein gegenseitiges Schutzabkommen einzugehen, falls es unmöglich werde, einen erweiterten Pakt unter Einschluß Deutschlands abzuschließen. Lordsiegelbewahrer Eden antwortete hierauf mit „Nein". Auch auf die weitere Frage: „Glauben Sie, daß es im Falle eines Scheiterns einer Zusammenarbeit mit Deutschland wünschenswert ist, daß sich möglichst viele der zu einer Zusammenarbeit in einem Kollektivsystem bereiten Länder zusammenschließen?", antwortete Eden: „Das ist eine andere Frage. Sie steht jetzt nicht zur Debatte."

Simon über die deutsche Antwort.

DNB London, 18. März.

Außenminister Sir John Simon ergriff Montag abend während der Aussprache über die englischen Armeevoranschläge im Unterhaus das Wort. Er erklärte: „Im letzten Absatz der englischen Note an Deutschland wurde eine Anfrage an die deutsche Regierung gestellt, und zwar heißt es da: „Die britische Regierung fühlt sich veranlaßt, die deutsche Regierung auf die in der Note vorgetragenen Erwägungen hinzuweisen. Sie wünscht Gewißheit darüber, ob die deutsche Regierung immer noch wünsche, daß der Besuch in dem vorher vereinbarten Umfang und für die vorher vereinbarten Zwecke stattfindet." Ich habe nunmehr, so erklärte Simon weiter, einen Bericht von dem britischen Botschafter in Berlin erhalten, dessen hauptsächlichen Inhalt ich dem Unterhause mitteilen möchte. Er berichtet mir, daß die Note nach der Ueberreichung vom Reichsaußenminister von Neurath geprüft wurde. Als Ergebnis ist dem britischen Botschafter mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung immer noch wünscht, daß die Besprechungen innerhalb des früher vereinbarten Umfanges und für die früher vereinbarten Zwecke abgehalten werden. Das Haus wird sehen, daß die Punkte, die wir nach unserer Ansicht vorbringen mußten, von der deutschen Regierung zur Erörterung angenommen werden.

Der Oppositionsführer Lansbury beantragte hierauf, daß eine Unterhausaussprache über die englische Note und die Ergebnisse, die dazu geführt haben, stattfinde, bevor Simon nach Berlin abreist. Diese Aussprache dürfe in keiner Weise eingeschränkt sein, sondern den größtmöglichen Umfang haben. Die Opposition bestehe darauf, daß Erklärungen abgegeben werden. Weder die Presse noch der Rundfunk hätten seiner Ansicht nach eine amtliche Erklärung politischen Inhaltes bekannt machen dürfen, bevor eine solche im Unterhaus abgegeben worden sei. (Allgemeiner Beifall).

Der Führer der Oppositions-Liberalen, Sir Herbert Samuel, erklärte, daß die Mitteilung von Sir John Simon mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werde.

Die Aussprache über die Armeevoranschläge wurde hierauf fortgesetzt.

Die militärischen Bedürfnisse Englands.

Amtliche Erklärung im Unterhaus.

£ London, 18. März.

Bei der Einbringung der Voranschläge für das englische Heer, die am Montag nachmittag nach der Fragezeit im englischen Unterhaus erfolgte, erklärte der Finanzsekretär im englischen Kriegsministerium, Hacking: Der Grundsatz, daß die englische Flotte allein für die Verteidigung der englischen Küsten ausreichend sei, könne nicht mehr als Grundlage der englischen Verteidigung angenommen werden, wenigstens nicht ohne beträchtliche Aenderungen.

Infolge der Entwicklung in der Luft sei es für England nicht mehr möglich, sich in der Hauptsache auf die Flotte als Abwehr gegen feindliche Ueberfälle zu verlassen.

Die Bereitstellung von 1,5 Millionen Pfund (etwa 17,7 Millionen RM.) für die Verbesserung der Hafenverteidigungen im englischen Weltreich diene lediglich Zwecken der Verteidigung. Das könne unmöglich als eine Herausforderung betrachtet werden, obwohl man hoffe, daß es als ein Abschreckungsmittel gegen Angriffe aufgefaßt werde. (Beifall.)

Neben den militärischen Bedürfnissen Englands im Rahmen des britischen Weltreiches habe die Tätigkeit des Völkerbundes die Verantwortlichkeiten Großbritanniens erhöht. Diese habe der Fall Saargebiet weitgehend gezeigt, da England die meisten Truppen gestellt habe.

Die Bereitstellung regulärer Truppen in England sei nicht nur für die Ueberseegarnisonen bestimmt, sondern auch, um eine Streitmacht im Falle eines Notzustandes zu haben. Niemand könne wissen, wann ein solcher Notstand eintrete und welche Ausmaße er annehmen werde, aber es sei die unzweideutige Pflicht Englands, darauf vorbereitet zu sein.

Die Entsendung der englischen Truppen nach dem Saargebiet sei auch ein Beispiel eines solchen Notzustandes gewesen. Wenn England nicht seine Heimatstreitmacht besäße, hätte es nicht die ehrenhafte Rolle im Saargebiet spielen können.

Hacking ging dann auf die Aufgaben der Territorialarmee ein. Auf ihren Schultern ruhe die Sicherheit Englands letzten Endes, da die reguläre Armee sich auf die Unterstützung der Territorialarmee verlassen müsse. Im Zusammenhang mit der Heranziehung der Territorialarmee zur Luftabwehr sei zu beachten, daß angesichts der Ausdehnung des Wirkungskreises von Bombenflugzeugen nicht nur die Luftverteidigung Londons, sondern auch der Industriegebiete in Nord- und Mittelengland ausgebaut werden müsse. In der zweiten Jahreshälfte wolle man einen Plan in Kraft setzen, der zusätzliche Einheiten zur Vervollständigung der Verteidigung Londons vorsieht.

Ein weiterer wichtiger Punkt der englischen Verteidigungsmaßnahmen sei das Offiziersausbildungskorps an den englischen Schulen. Die Schulen und Universitäten hätten in dieser Hinsicht äußerst wertvolle Dienste geleistet. Die Zahl der zu Offizieranwärtern geeigneten Kadetten habe sich erfreulich vergrößert.

Abschließend erklärte Hacking, zur Opposition gewandt: „In diesem Augenblick der Unsicherheit, da niemand weiß, ob wir uns nicht sogar möglicherweise einer anderen Krise in der Geschichte des englischen Weltreiches nähern, ist es wünschenswert, klug und staatsmännisch, daß alle Parteien eine geeinte Front bilden in dem einfachen, klaren Beschluß, daß unsere Armee besser ausgerüstet und leistungsfähiger wird, um sich und England besser gegen einen etwaigen Angriff verteidigen zu können. Dies ist das einzige Ziel der Voranschläge. Die Aufgaben der englischen Armee sind vielfältiger als die irgend eines anderen Heeres in der Welt. Die Gebiete, die sie beschützt, sind größer als die irgend eines anderen ausländischen Staates. Trotzdem ist unsere Armee kleiner als die irgend eines anderen Kolonialstaates. Unvermeidlich ist es, die Wehrpolitik der englischen Regierung auszuführen.

Berlin heute im Dunkeln.

Funkberichte aus dem Flugzeug während der großen Nachtübung.

Berlin, 18. März.

Vor Beginn der am 19. März in Berlin stattfindenden Verdunkelungsübungen wird auf dem Flughafen Tempelhof eine Ju 52 starten. Mit Hilfe eines Kurzwellensenders tritt der in der Maschine sitzende Funkberichterstatter während des Fluges über der verdunkelten Großstadt mit fünf an verschiedenen Stellen Berlins befindlichen Bodenstationen und dann weiter mit der Zentralstelle im Funkhaus in Verbindung. Durch die sich ergebenden Wechselgespräche zwischen dem Sprecher im Flugzeug und den Funkberichterstattern der Bodenstationen erhalten die Rundfunkhörer, die überall in Deutschland an ihren Empfangsgeräten sitzen, einen lebendigen Eindruck von dem, was die Besatzung der Ju 52 während dieser Zeit erlebt. Der Hörer wird im Geiste selbst am Flug teilnehmen, den Verlauf der Verdunkelungsübungen in seinen einzelnen Phasen verfolgen und einen Blick auf „Berlin im Dunkeln" werfen können.

Der Zeitfunk des Deutschlandsenders übermittelt in Zusammenarbeit mit dem Reichssender Berlin diese interessanten Funkberichte, die auch auf die Reichssender Hamburg, Köln, Königsberg, München und Stuttgart übertragen werden, am 19. März in der Zeit von 21,50 bis 1 Uhr. Die fünf Bodenstationen werden auf dem Funkturm, dem Berliner Rathausturm, dem Siemens-Hochhaus in Siemensstadt, an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und an der Leipziger-Ecke Friedrichstraße errichtet.

Groß-Berlin heute abend Luftsperrgebiet.

DNB Berlin, 18. März.

Das Reichsluftfahrtministerium teilt mit: Für Dienstag, den 19. März 1935, wird anläßlich der Verdunkelungsübung der Luftraum über dem Stadtgebiet Groß-Berlin für die Zeit von 22 bis 24 Uhr als Luftsperrgebiet erklärt. Das Ueberfliegen dieses Luftraumes ist daher verboten. Ausnahmen kann der Reichsminister der Luftfahrt erlassen, Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Mittwoch vormittag französischer Ministerrat.

(!) Paris, 18. März.

Der nächste Ministerrat tritt Mittwoch vormittag zusammen. Bei dieser Gelegenheit wird der Außenminister über das Ergebnis seiner Fühlungnahme mit der englischen und italienischen Regierung berichten und sich der Ministerrat über die durch die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland geschaffenen Lage schlüssig werden.

Reuters Pariser Vertreter hört, daß nach französischer Auffassung Deutschlands Handlungsweise alle Unterzeichner des Versailler Vertrages angehe. Infolgedessen werde geglaubt, daß es am richtigsten sei, die Angelegenheit in Genf zu behandeln.

Titulescu will Paris, Brüssel und London besuchen.

DNB Bukarest, 18. März.

Außenminister Titulescu wird in der nächsten Woche zu Besuchen in Paris, Brüssel und London abreisen. Diese Reise wird mit der durch die Proklamation der Reichsregierung geschaffenen Lage in Verbindung gebracht. Titulescu soll beabsichtigen, die Interessen Rumäniens, der Kleinen Entente und des Balkanbundes bei den nach der Proklamation der Reichsregierung entwickelnden Verhandlungen zwischen den westlichen Großmächten zu vertreten. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß Titulescu schon vorher die Absicht hatte, eine längere Reise ins Ausland anzutreten.

Heute Kabinettssitzung in Washington.

DNB Washington, 18. März.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat bisher weder amtlich noch nichtamtlich zum deutschen Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht Stellung genommen. Norman Davis traf aus Neuyork in Washington ein und hatte Besprechungen mit Staatssekretär Hull und den Sachbearbeitern des Staatsdepartements. Dabei wurde auch die Frage erörtert, welche Auswirkung der deutsche Schritt auf die Möglichkeit der Fortsetzung der Genfer Abrüstungsverhandlungen haben werde. Staatssekretär Hull erklärte, er werde den ganzen Fragenkomplex sorgfältig studieren. Bisher habe er aber weder mit der deutschen Regierung noch mit anderen Regierungen Fühlung genommen. Bei der Kabinettssitzung am Dienstag, die im Weißen Hause stattfindet, wird Staatssekretär Hull über die neue Entwicklung der Lage Vortrag halten.

Kalinin über die Kriegsbereitschaft der Roten Armee.

DNB Moskau, 18. März.

Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Sowjetunion, Kalinin, erklärte in einer feierlichen Sitzung des Vollzugsausschusses bei der Ueberreichung von Orden an eine Gruppe von Heerführern der Roten Armee unter Führung Woroschilows: Mehrere Vertreter der Roten Armee haben mir versichert, daß die Kugeln der Roten Armee spitz und die Säbel scharf sind. Aber das ist heute für einen neuen Krieg, der plötzlich ausbrechen kann, zu wenig. In einem neuen Krieg muß von den Propagandisten bis zum Gelehrten im militärischen Laboratorium alles aufgeboten werden, um den Sieg zu erringen. Wir haben, erklärte Kalinin weiter, sehr große Rohstoffmöglichkeiten. Diese geben uns die Möglichkeit, in dem Bedarf unserer Wehrmacht unabhängig zu sein. Aber Hauptsache ist, daß die militärischen Kenntnisse von dem gesamten Roten Offizierkorps beherrscht werden. Der Ausbruch des Krieges kann plötzlich überraschen, und deswegen müssen wir für jeden Augenblick gerüstet sein.

Landwehrneuordnung für Italien.

DNB Rom, 18. März.

Wie Agenzia Stefani mitteilt, wird der Kammer demnächst eine Reihe Gesetzentwürfe über die Neugestaltung der Landwehr (Territorialarmee) zugehen. U. a. ist die Schaffung mehrerer Landwehrbezirke vorgesehen. Ihre Behörden übernehmen die Landwehrangelegenheiten, die bisher von den Divisions- und Armeekorpskommandos mitverwaltet wurden. Letztere Dienststellen des aktiven Heeres sollen, wie in der Verlautbarung hervorgehoben wird, durch diese Entlastung die Möglichkeit erhalten, sich um so nachdrücklicher ihrer eigentlichen Aufgabe, der Schulung und Vorbereitung für den Ernstfall, zu widmen.

Der Hauptvorteil, den man aus dieser Neugestaltung ziehen wird, wird darin bestehen, daß durch die Organisation der Schutz und die Verteidigung des Heimatbodens auf feste und dauernde Grundlagen gestellt wird. Der Neuordnung zufolge wird die Armee einen Chef des Generalstabes und zwei Unterchefs haben, einen für die Feldarmee und einen für die Landwehr.

Der Aufmarsch der alten SA-Garde verschoben.

:: Berlin, 18. März.

Stabschef Lutze gibt, wie die NSK meldet, bekannt:

Der für den 21.—22. März angesetzte Aufmarsch der alten SA-Garde in Berlin findet zunächst nicht statt.

Der Führer hatte bei diesem Anlaß Gelegenheit nehmen wollen, den Männern, die im Kampfgewande der SA als erste in ihren Gebieten die Fahne und den Glauben des Nationalsozialismus auf die Straße getragen haben, selbst ins Auge zu sehen und durch eine persönliche Ansprache zu beweisen, daß sein Herz nach wie vor der SA gehört.

Da die Erkrankung des Führers noch nicht behoben ist und er seinen ältesten SA-Männern nicht die Enttäuschung bereiten wollte, daß sie aus dem ganzen Reich zusammenkämen, ohne ihn zu sehen und sprechen zu hören, wird der Tag der alten SA-Garde auf einen gelegeneren Zeitpunkt verlegt.

Die Gemeinschaft studentischer Verbände.

Gesamtvertretung des Korporationsstudententums.

DNB Berlin, 18. März.

Bereits am 28. Januar d. Js. haben die Reichsleitung der NSDAP und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund die Gründung der Gemeinschaft studentischer Verbände im Interesse der unbedingt notwendigen endlichen Beruhigung des Korporationslebens an den Hochschulen auf das wärmste begrüßt. Nunmehr ist zwischen der Reichsleitung der NSDAP (durch Reichsleiter Dr. Wagner als Beauftragten des Stellvertreters des Führers) und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (durch dessen Führer Reichsamtsleiter Derichsweiler) einerseits und der Gemeinschaft studentischer Verbände (Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers) andererseits am 12. März 1935 eine Vereinbarung getroffen worden, deren wesentlichste Stellen lauten:

„Nachdem die Gemeinschaft studentischer Verbände für die ihr angehörenden Verbände und Korporationen sich verpflichtet hat, einerseits für die Erhaltung und Stärkung der Werte des deutschen Korporationsstudententums unablässig Sorge zu tragen, zum anderen durch stetige innere Erziehungsarbeit immer mehr in den nationalsozialistischen Staat hineinzuwachsen und seinen Anforderungen gerecht zu werden, ist jede Unstimmigkeit zwischen diesen Verbänden und Korporationen einerseits und dem NSDStB. andererseits zu vermeiden.

Die NSDAP und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund werden künftig die Gemeinschaft studentischer Verbände als Gesamtvertretung der studentischen Korporationsverbände betrachten in der Erwartung, daß die Korporationen und Verbände, die sich zu den gleichen Grundsätzen wie die Gemeinschaft studentischer Verbände bekennen, dieser aber noch nicht angehören, den baldigen Anschluß finden.

Die Verbände sind sich darin einig, daß die Vertretung aller waffenstudentischen und Ehren-Angelegenheiten ausschließlich Sache des Allgemeinen Deutschen Waffenringes ist.